

Signatur: 2026.SR.0195
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Christoph Leuppi (GFL)
Mitunterzeichnende: Carola Christen, Michael Ruefer, Michael Burkard, Tanja Miljanović, Mirjam Roder
Einreichtdatum: 28. Mai 2026

Interpellation: PFAS-Verschmutzung in der Stadt Bern; Antwort

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat die Stadt eine Übersicht über die PFAS-Verschmutzung der Umwelt auf dem Stadtgebiet, namentlich Böden, Grundwasser und Oberflächenwasser (u.a. aufgrund von Bränden, Übungsanlagen, Klärschlammeintrag, Deponien, ARA, Industrie)?
 - 1.1 Auf welche Basis stützt sich der aktuelle Wissensstand der Stadt über PFAS- belastete Böden bzw. Grundwasser und Oberflächenwasser? Gibt es systematische Proben oder werden diese eher zufällig bei neuen Baugeschäften entdeckt?
 - 1.2 Sind zusätzliche oder regelmässige PFAS-Messungen beziehungsweise ein systematisches Monitoring von Böden, Grundwasser oder Oberflächengewässern vorgesehen? Falls ja, in welchen Bereichen und in welchem Umfang?
 - 1.3 Wie gross ist der Unsicherheitsfaktor, dass es neben den bisher entdeckten PFAS-belasteten Böden noch weitere belastete Gebiete bzw. belastetes Grundwasser oder Oberflächenwasser gibt?
2. Wie gedenkt der Gemeinderat mit den PFAS-belasteten Umweltschäden auf Stadtgebiet umzugehen? Existiert ein Konzept und falls ja, wie sieht dieses aus?
 - 2.1 Welche Aufgaben und Zuständigkeiten liegen im Bereich PEAS aus Sicht des Gemeinderats in der Verantwortung der Stadt, und in welchen Bereichen ist eine Zusammenarbeit mit Kanton oder Bund vorgesehen beziehungsweise notwendig? Welche kantonalen oder bundesrechtlichen Vorgaben sind für die Stadt dabei massgebend?
 - 2.2 Berücksichtigt die Stadt bei öffentlichen Beschaffungen und Vergaben bereits Kriterien zur Vermeidung PEAS-haltiger Produkte oder Materialien? Falls ja, wie; falls nein, ist dies vorgesehen?
3. Wie schätzt der Gemeinderat das Risiko ein, dass auf Stadtgebiet nach wie vor Anlagen existieren, die in Bezug auf den Eintrag von PFAS in die Umwelt ein Risiko darstellen (z.B. Löschanlagen mit PFAS-belastetem Löschschaum)?
 - 3.1 Falls ein solches Risiko besteht oder nicht ausgeschlossen werden kann: Welche Massnahmen plant der Gemeinderat, um diese Risiken zu minimieren beziehungsweise weitere Einträge zu verhindern?
4. Wie schätzt der Gemeinderat die möglichen finanziellen Risiken und Folgekosten im Zusammenhang mit PFAS-Belastungen auf Stadtgebiet ein, insbesondere hinsichtlich Untersuchungen, Sanierungen, Entsorgung, Infrastruktur oder möglicher Auswirkungen auf die Wasserversorgung und öffentliche Gesundheit?

Begründung

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), häufig als «Ewigkeitschemikalien» bezeichnet, sind seit den 1940er-Jahren im Einsatz und finden bis heute breite Anwendung, etwa in Feuerlöschschäumen, beschichteten Kochutensilien oder Imprägniermitteln. Aufgrund ihrer aussergewöhnlichen Beständigkeit gelangen sie über verschiedene Eintragsquellen — darunter industrielle Prozesse, kontaminierter Klärschlamm in der Landwirtschaft oder Feuerwehreinsätze — in die

Umwelt. Von dort aus verbreiten sie sich über Wasser und Nahrungsketten und sind mittlerweile nachweislich im Blut der gesamten Bevölkerung vorhanden.

PFAS stellen ein erhebliches Risiko für Umwelt, Gesundheit sowie auch für Wirtschaft und öffentliche Finanzen dar. In der Schweiz wurden diese persistenten Substanzen bereits in Böden, Gewässern und Lebensmitteln wie Fisch und Fleisch festgestellt. Sie gelangen über belastete Umweltkompartimente und Futtermittel in die Nahrungskette und reichern sich in Organismen an. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen ihre gesundheitsschädlichen Wirkungen, darunter Beeinträchtigungen der Schilddrüsenfunktion, Schäden an Organen, Störungen des Fettstoffwechsels sowie ein mögliches krebserregendes Potenzial.

Angesichts dieser Befunde besteht dringender Handlungsbedarf. Erforderlich sind sowohl wirksame Strategien zur Reduktion von PFAS-Emissionen als auch langfristig angelegte Massnahmen zur Sanierung kontaminierter Standorte. Ohne konsequentes und koordiniertes Vorgehen drohen erhebliche negative Auswirkungen auf Umwelt, Landwirtschaft und die öffentliche Gesundheit.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat der Stadt Bern ist sich der Herausforderungen bewusst, die mit den in zahlreichen Alltagsprodukten verwendeten per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) sowie deren Belastung der Umwelt verbunden sind. Bei Beschaffungen, der Auswahl von Feuerlöschern sowie bei Bauprojekten – beispielsweise im Viererfeld – wird der PFAS-Problematik angemessen Rechnung getragen. Die zuständigen städtischen Stellen stehen dabei in engem Austausch mit den zuständigen Behörden von Bund und Kanton, um aktuelle Erkenntnisse und Vorgaben in ihre Vorgehensweise einzubeziehen.

Nachfolgend beantwortet der Gemeinderat die gestellten Fragen auf der Grundlage des aktuellen Kenntnisstands.

Zur Frage 1:

1.1 Der Kanton Bern überwacht die Oberflächengewässer und führt ein Altlastenkataster, in dem belastete Standorte erfasst werden.

Derzeit erarbeitet der Kanton Bern gemeinsam mit den zuständigen Fachstellen und weiteren relevanten Akteuren einen Bericht zur Belastung von Böden und Gewässern mit per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS). Die Veröffentlichung dieses Berichts ist noch im laufenden Jahr vorgesehen.

Das kantonale Altlastenkataster, welches auch belastete Standorte auf dem Gebiet der Stadt Bern umfasst, soll künftig Informationen zu PFAS-Belastungen enthalten. Gegenwärtig ist jedoch noch nicht abschliessend festgelegt, ab welchen Grenz- beziehungsweise Beurteilungswerten ein Standort als PFAS-belastet einzustufen ist.

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat in der aktualisierten Studie «PFAS-Konzentrationen in Schweizer Böden – eine Übersicht» vom 24. Februar 2026 die Belastung von Schweizer Böden mit PFAS untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass PFAS-Verbindungen in Böden schweizweit nachweisbar sind und als Hintergrundbelastung auftreten. Der Median der gemessenen Konzentrationen beträgt 2.4 µg/kg.

Der Bericht des Verbands der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) «Auswertung VKCS-Kampagne PFAS in Trinkwasser 2023» kommt zum Schluss, dass die PFAS-Belastung des Trinkwassers in der Schweiz insgesamt geringer ausfällt als ursprünglich befürchtet. Gemäss Bericht wären selbst bei einer Übernahme des in der Europäischen Union geltenden Höchst-

werts für die «Summe der PFAS» in das Schweizer Lebensmittelrecht keine flächendeckenden Massnahmen bei den Wasserversorgungen erforderlich. Handlungsbedarf würde lediglich in Einzelfällen bestehen. Die festgestellten Belastungen lassen sich gemäss Bericht überwiegend auf punktuelle Quellen zurückführen.

Im Versorgungsgebiet der Wasserversorgung der Region Bern (WVRB) überwacht der WVRB in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz (AfU, Stadtlabor Bern SLB) die Schadstoffbelastung der Trinkwasserfassungen seit mehreren Jahrzehnten. Das Monitoring umfasst seit mehreren Jahren auch Untersuchungen auf per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS). Im Rahmen einer jährlich durchgeführten Messkampagne werden die Trinkwasserfassungen regelmässig auf insgesamt 41 PFAS-Einzelsubstanzen analysiert.

Die Revision der Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV) befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Vorgeesehen ist, die Anzahl der regulierten PFAS-Einzelsubstanzen von bisher drei auf 20 zu erhöhen und entsprechende Höchstwerte festzulegen.

Eine spezifische Karte zur räumlichen Darstellung von PFAS-Belastungen auf dem Gebiet der Stadt Bern liegt derzeit nicht vor. Im Rahmen der Aktualisierung des kantonalen Altlastenkatasters werden PFAS-Kontaminationen berücksichtigt. Nach Vorliegen der aktualisierten Daten wird eine entsprechende räumliche Darstellung somit auch für die Stadt Bern verfügbar sein.

- 1.2 Im Rahmen von Bauvorhaben werden derzeit punktuell und risikobasiert PFAS-Untersuchungen durchgeführt, sofern aufgrund historischer Erkenntnisse Hinweise auf eine mögliche Belastung bestehen.

Die zuständigen Behörden erarbeiten derzeit die rechtlichen Grundlagen und Vollzugshilfen für den Umgang mit PFAS sowie für deren Untersuchung in Böden und Baustellenabwasser. Gleichzeitig werden die bestehenden Verordnungen schrittweise um PFAS-spezifische Grenzbeziehungswerte ergänzt.

Wie unter Ziffer 1.1 ausgeführt, untersucht die Wasserversorgung der Region Bern (WVRB) das Trinkwasser viermal jährlich auf Mikroverunreinigungen. Eine dieser Messkampagnen umfasst die Analyse auf per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS). Der Umfang der Untersuchungen deckt bereits heute die derzeit diskutierten künftigen Höchstwerte sowie die entsprechenden PFAS-Verbindungen im Trinkwasser ab.

- 1.3 Eine Abschätzung der Zahl bislang nicht bekannter PFAS-belasteter Standorte ist derzeit nicht möglich. Wie bereits erwähnt, erarbeitet der Kanton Bern gemeinsam mit den zuständigen Fachstellen und weiteren betroffenen Akteuren derzeit einen Bericht zur PFAS-Belastung von Böden und Gewässern im gesamten Kantonsgebiet. Die Ergebnisse dieses Berichts sollen eine fundiertere Beurteilung der Belastungssituation ermöglichen.

Zur Frage 2:

- 2.1 Der Gemeinderat richtet sein Handeln nach den gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton. Die zuständigen Behörden sind derzeit daran, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen, insbesondere Grenz- und Beurteilungswerte für PFAS, zu erarbeiten.

Sobald diese Grundlagen vorliegen, wird der Gemeinderat sie bei städtischen Projekten konsequent anwenden. Bis dahin werden bei einzelnen Bauvorhaben in Abstimmung mit den zuständigen Stellen von Bund und Kanton und Stadt fallbezogene Lösungen erarbeitet.

- 2.2 Auf Anregung des Stadtlabors Bern berücksichtigt Immobilien Stadt Bern (ISB) seit Januar 2025 bei der Revision und der Neubeschaffung von Feuerlöschern PFAS-freie Produkte. Zudem wurden im März 2025 die Leitungen sämtlicher städtischer Abteilungen, welche potenziell von der PFAS-Thematik betroffen sein könnten, per E-Mail über die Problematik der PFAS informiert.

Die Fachstelle Nachhaltige Beschaffung des Amts für Umweltschutz hat im Mai 2026 in Zusammenarbeit mit dem Stadtlabor Bern die Beschaffungsverantwortlichen der Stadt Bern für das Thema PFAS sensibilisiert. Dabei wurde insbesondere darauf hingewiesen, bei Beschaffungen und Ausschreibungen nach Möglichkeit PFAS-freie Produkte zu verlangen. In diesem Zusammenhang wird die Stadt Bern den Dialog mit ihren Lieferant*innen weiter intensivieren und diese verstärkt in die Umsetzung entsprechender Anforderungen einbeziehen.

Im Anschluss an die Sensibilisierungsveranstaltung stellte die Fachstelle Nachhaltige Beschaffung auf ihrem Teams-Kanal «GRE-ChouffFair – nachhaltige Beschaffung» weiterführende Informationen zur PFAS-Thematik zur Verfügung.

Zusammenfassend setzt sich die Stadt Bern im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür ein, den Einsatz von PFAS nach Möglichkeit zu reduzieren und, wo geeignete Alternativen verfügbar sind, durch PFAS-freie Produkte zu ersetzen.

Zu Frage 3:

Wie bereits erwähnt, ersetzt Immobilien Stadt Bern (ISB) auf Anregung des Stadtlabors Bern sukzessive PFAS-haltige Feuerlöscher durch PFAS-freie Modelle.

In welchem Umfang im privaten Bereich weiterhin grössere Mengen PFAS-haltiger Löschmittel eingesetzt oder gelagert werden, kann die Stadt Bern nicht beurteilen. Für eine zeitnahe und flächendeckende Ablösung PFAS-haltiger Löschmittel im privaten Bereich wären entsprechende regulatorische Vorgaben durch den Gesetzgeber erforderlich.

- 3.1 Die Feuerwehr der Stadt Bern verwendet heute grundsätzlich keine PFAS-haltigen Löschschäume mehr. Stattdessen kommt ein fluorfreier Mehrbereichsschaum zum Einsatz.

Die aufgeführten Massnahmen leisten weiterhin einen Beitrag dazu, die Belastung der Umwelt mit PFAS zu reduzieren.

Zur Frage 4:

Die finanziellen Risiken im Zusammenhang mit PFAS-Belastungen auf den im Eigentum der Stadt Bern stehenden Flächen und Liegenschaften können derzeit nicht abschliessend beurteilt werden, da die erforderlichen Grundlagen noch fehlen.

Es ist jedoch absehbar, dass PFAS-Belastungen insbesondere bei Bauvorhaben frühzeitig berücksichtigt werden müssen. Umfangreiche Sanierungsmassnahmen können erhebliche Kosten verursachen, die je nach Ausmass der Belastung Beträge im Millionenbereich erreichen können.

Auf Grundlage der bisherigen Trinkwasseranalysen sowie der geltenden Grenzwerte ist die Versorgung mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser im Grossraum Bern (Versorgungsgebiet der Wasserversorgung der Region Bern, WVRB) gewährleistet. Das Trinkwasser erfüllt die aktuellen sowie die absehbaren gesetzlichen Anforderungen gemäss der Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlage vom 16. Dezember 2016 (TBDV, SR 817.022.11).

Nach heutigem Kenntnisstand besteht über das Trinkwasser somit keine gesundheitliche Gefährdung für die Bevölkerung.

Bern, 9. September 2026

Der Gemeinderat